

AMPEL-KOALITION**AUFBRUCH FÜR KLIMA, STANDORT UND BESCHÄFTIGUNG****CHANCEN**

Die Ampel-Koalition steht und will „mehr Fortschritt wagen“: Der Koalitionsvertrag eröffnet in der Tat die Chance für einen Aufbruch in Deutschland, der ökonomische, ökologische und soziale Interessen verbindet und einen dringend benötigten Modernisierungsschub auslöst. Angesichts der rapiden und dramatischen Veränderungen durch klimaneutrale Produktion, Digitalisierung und demografischen Wandel braucht es entschlossenes politisches Handeln. Wir müssen unsere Ressourcen zielgerichtet für Investitionen und Innovationen einsetzen. Aus Sicht der Chemie-Arbeitgeber sind folgende Punkte von besonderer Bedeutung für die Zukunft unseres Landes:

MIT STARKER INDUSTRIE HAT DEUTSCHLAND ZUKUNFT**Flexibilität für Standort und Beschäftigung sichern**

- Damit die Unternehmen im Strukturwandel bestehen können, brauchen sie mehr Geschwindigkeit und mehr Spielraum für erfolgreiches unternehmerisches Handeln.
- Freiheit und Flexibilität für die Betriebe sind die Basis für gute Jobs, hohe Steuereinnahmen und nachhaltig finanzierte soziale Sicherungssysteme. Das schließt einen flexiblen Arbeitsmarkt ein, der Optionen für befristete Beschäftigung ohne Sachgrund wie auch für den Einsatz von Werkverträgen und Zeitarbeit bietet.
- Der deutsche Weg der Mitbestimmung ist ein Erfolgsmodell der Beteiligung, dessen Stärken wir im Umbruch ausspielen müssen. Damit das gelingt, muss die Balance der Interessen erhalten bleiben. Eine einseitige Ausweitung der Mitbestimmungsrechte würde dieses Ziel konterkarieren. Entscheidend ist, dass wir unser Modell der Mitbestimmung moderner aufstellen, um auch betriebliche Prozesse zu beschleunigen.

Sozialsysteme generationengerecht gestalten

- Wir müssen Arbeit wettbewerbsfähig und den Sozialstaat leistungsfähig halten. Deshalb dürfen die Sozialabgaben dauerhaft nicht über 40 Prozent steigen.
- Wir sind gefordert, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung jetzt nachhaltig zu reformieren und so kommende finanzielle Lasten wirksam zu begrenzen – in vier Jahren kann es bereits zu spät sein. Dafür müssen auch Leistungen neu austariert und Ausweitungen der vergangenen Jahre kritisch überprüft werden.
- Betriebliche Vorsorge gilt es zu stärken, indem wir Kapitalanlageregeln flexibilisieren, HGB- und Steuerzins anpassen und mehr Generationengerechtigkeit bei Anpassung zukünftiger Anwartschaften ermöglichen. Neue Staatsfonds und Zwangsmodelle brauchen wir nicht – die bestehenden Instrumente reichen aus.

In Bildung und Fachkräfte investieren

- Deutschland braucht ein modernes und bedarfsorientiertes Zuwanderungsrecht. Eine praxistaugliche Regelung für Erwerbsmigration stärkt die Wirtschaft und hat Signalwirkung für Fachkräfte aus aller Welt.
- Wir müssen die allgemeine und die berufliche Bildung stärken – durch mehr Investitionen, aber auch durch eine digitale Grundbildung an Schulen als verpflichtender Teil der schulischen Ausbildung.
- Aus- und Weiterbildung müssen sich am Bedarf des Unternehmens orientieren. Eine Ausbildungsgarantie oder ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung wären nicht zielführend.

Arbeitszeitrecht fit machen fürs 21. Jahrhundert

- Das Arbeitszeitgesetz sollte die Spielräume der EU-Arbeitszeitrichtlinie nutzen. Statt einer täglichen Höchst Arbeitszeit wäre damit eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit von 48 Stunden möglich und sinnvoll.
- Die Sozialpartner sollten mehr Verantwortung übernehmen können, um modernes Arbeiten zu fördern.
- Im Bereich der Arbeitswelt insgesamt gilt Subsidiarität: Die Tarifparteien regeln ihre Angelegenheiten, der Gesetzgeber soll nur tätig werden, wenn Lücken entstehen. Wenn eine gesetzliche Regelung getroffen wird, dann mit weitreichenden Öffnungsklauseln für Tarifverträge!